Lecha Caunty Patriot.

Allentaun, Pa., .7 Juli, 1868.

Republikanische Ernennungen.

Für nächster President:

Ulysses S. Grant,

General der Armee der Vereinigten Staaten.

Für Vice-President:

Schuyler Colfax,

Von Indiana.

Für Auditor General:

Major General J. F. Hartranft,

von Montgomery Caunty.

Für Landmesser General:

Colonel J. M. Campbell,

von Cambria Caunty.

Wahltage, Dienstag, 13. October und am 10. November, 1868.

Für Presidenten-Erwähler:

Senatorial-Erwähler:

G. Morrison Coates, von Philadelphia,
Thomas M. Marshall, von Pittsburg.

Representative - Erwähler:

1. William H. Barnes,	13. Samuel Snew,
2. William J. Pollock,	14. B. F. Wagonseller,
3. Richard Wilden,	15. Charles H. Muller,
4. George W. Hill,	16. George W. Elser,
5. Watson P. McGill,	17. John Stewart,
6. John H. Bringhurst,	18. A. G. Olmstead,
7. Franklin Hooter,	19. James Sill,
8. Isaac Eckert,	20 Henry C. Johnson,
9. Maris Hoopes,	21. J. K. Ewing,
10. David M. Rank,	22. William Trew,
11. William Davis,	23. A. W. Crawford,
12. Winth. W. Ketcham,	24. J. S. Rotan.

Schändliche Mißhandlung eines Unionmannes in Maryland.

Wie der alte Rebellengeist noch in unserm benachbarten Staate Maryland muckt, beweist folgende Schandthat, welche vor einigen Wochen an einem weißen Unionsmann daselbst verübt wurde.

Ein junger Mann in Chestertaun, Kent. Co. Md., Namens Sullivan, der sich in seinem Betragen nie das Geringste zu Schulden kommen ließ und auch sich nie mit Politik befaßte, gerieth in den erschrecklichen Verdacht des Radikalismus. Von da an suchten ihn die dortigen Rebellen auf jede mögliche Art zu mißhandeln. So lockten sie ihn in einem Wald! banden ihn dort an einen Baum, schwärzten sein Gesicht, rissen ihm die Kleider vom Leibe, schlugen ihn fürchterlich, hielten ihm ein Pistol vor den Kopf und drohten, ihn zu erschießen falls er sich nicht verpflichte, am andern Morgen die Gegend zu verlassen und nichts über Das, was ihm zugestoßen, auszuplaudern. Es gelang dem Unglücklichen später, sich von dem Baume frei zu machen und er verklagte seine Peiniger vor einem Friedensrichter, der sie für ihre Erscheinen vor Gericht unter Bürgschaft stellte. Dort wird ihnen schwerlich etwas geschehen. Denn sie gehören den „ersten Familien" des Caunties an; einer hat sogar gute Aussicht zum Richter gewählt zu werden; ein anderer diente unter Mosby. Von den Advokaten in Chester wagt es keiner, als Rechtsanwalt für den Mißhandelten zu fungiren.

Hr Sullivan ist von Baltimore; sein voller Name lautet Amos G. Sullivan und er gehört der Firma Sullivan und Jordan No. 3 S. Paulstr. daselbst an. Im Baltimore Amerikan hat er von Chestertaun aus die an ihm begangenen Schändlichkeiten selbst beschrieben. Auch er gibt als einzige Veranlassung derselben seine radikale Gesinnung an. Wie er schreibt, suchten ihm die Schurken auch einen Strick um Hals zu ziehen, was ihnen aber nicht gelang. Sie schnürten ihm die Hände aufs schmerzhafteste mit einem Stricke zusammen, schwärzten ihn, schleppten ihn an einem Baum und zogen ihn an diesem hinauf als ob sie ihn hängen wollten. Einer derselben, Harrison W. Vickers, Sohn des Generals und Exsenators Vickers, stieß ihm den Kopf mehrmals aus Leibeskräften wieder den Baum. Ein Anderer, Namens Milnor Jones, ein früherer Rebellen-Guerilla und Neffe des verstorbenen Richters Chambers war Der, der ihn zu erschießen drohte, falls er nicht gelobe, Chestertaun zu verlassen und über das Vorgefallene nirgends etwas zu sagen. Derselbe liebenswürdige Rebell äußerte bei dieser Gelegenheit Folgendes: Die Rebellen hätten in Maryland jetzt wieder die Macht und würden nicht dulden, daß in irgend einem Theile des Staates ferner radikale Prinzipien gehegt werden—auch in Baltimore nicht.

Der Friedensrichter, bei dem Sullivan klagte, stellte die Schurken nur unter $50 Bürgschaft. Ihr Streich ist um so empörender, da der Mißhandelte unter der Maske der Freundschaft von ihnen in den Wald gelockt worden war. Er hatte in Chester keinerlei Politik getrieben, sondern war lediglich als Geschäftsmann dort. Seine obengenannte Firma hat eine Büchereagentur.)

Die Ver. Staaten Armee,

Die vom Militär-Committee einberichtete Bill enthält folgende Bestimmungen über die Armee. Diese soll kommandirt werden von einem General einem General-Lieutenant, 5 General-Majoren und 10 Brigade-Generälen. Sie soll bestehen aus 5 Regimentern Artillerie, 10 Cavallerie und 45 Infanterie Regimentern, 12 Abtheilungen Hülfs-Mannschaft für Proviant ꝛc., einem Bureau für Militär-Gerichtspflege, einem Musikcorps in der Militär-Akumie, 1000 Indianer-Kundschafter, den Disponibelgestellten und den Professoren und Cadetten zu Westpoint. Der General soll einen Stabschef und 6 Adjutanten haben mit dem Hauptquartier zu Washington, und soll nur mit Zustimmung des Senats anderswo zum Dienst kommandirt werden, ausgenommen wenn er Das selbst wünscht. Alle Militär-Orders des Präsidenten oder des Kriegs-Sekretärs sollen durch den General ausgegeben werden.

Jedes Artillerie Regiment soll 12 Stabs-Offiziere und 12 Batterien haben, jede Batterie soll 28 Offiziere und Unteroffiziere und 122 Soldaten zählen. Jedes Cavallerie Regiment ist auf 17 Offiziere und 12 Trupps (Schwadronen) festgesetzt. Jeder Trupp hat 20 Offiziere und Unteroffiziere und 60 bis 78 Soldaten. Das Infanterie Regiment soll 10 Stabs-Offiziere haben und 10 Compagnien, jede mit 18 Offizieren und Unteroffizieren und 50 Soldaten. Von den letzten bestehen 4 Regimenter aus Farbigen und 4 Regimenter bilden das Veteranen Reserve Corps. In Summa ergibt diese Organisation 51,680 Mann.

Schandthaten der Secessionsdemokraten in Texas.

„Die Gewaltthaten der Secessionisten von Texas gegen die Unionisten und Farbigen jenes Staates sind so allgemein geworden, und zeichnen sich durch so barbarische Grausamkeit aus," schreibt das „Cincinnati Volksblatt," „daß die gegenwärtig zu Austin in Texas tagende constituirende Reconstruktions-Convention jenes Staates sich genöthigt gesehen hat, sich mit einer Denkschrift an den Congreß zu wenden, und um Ermächtigung zur Organisirung einer Militärmacht in den verschiedenen Counties des Staates zu bitten, um im Verein mit dem Ver. Staaten Militärbehörden und unter deren Commando die Bürger zu schützen, und Verbrechen zu verhindern."

„Diese Maßregel wird erbeten, „zum Schutz des Lebens und Eigenthums der Bürger, die jetzt jeden Tag von Räubern und Mördern belästigt werden in einer Ausdehnung, die unerhört ist in der Geschichte jedes civilisirten Gemeinwesens, in Friedenszeiten."

„Die Convention erklärt ferner, daß wenn nicht bald den loyalen und gesetzliebenden Bürgern des Staates durch die Bundesregierung dieser Schutz gewährt würde, sie durch das heilige Recht der Selbstvertheidigung gezwungen sein würden, sich zu ihrem eigenem Schutze zu organisiren."

„Natürlich sollte der Congreß sofort die dringende Bitte der Convention von Texas gewähren, schon um der Anarchie u. Selbsthülfe vorzubeugen. Die prompte Organisation der Miliz in jedem Caunty des Staates ist das einzige und zugleich das billigste Mittel, um den Räuber- und Mörderbanden das Handwerk zu legen."

„Die loyale Bevölkerung von Texas, zumal von Westtexas, besteht zum größten Theil aus Deutschen, und sind daher um so weniger Uebergriffe und Acte der Brutalität von einer solchen Miliz zu erwarten. Das beste wäre auch, den Staat Texas gleich in mehrere Staaten zu theilen, wie bereits vorgeschlagen ist. Westtexas mit seiner starken und loyalen deutschen Bevölkerung, würde nicht nur schnell emporblühen, sondern würde auch ein festes Bollwerk der Civilisation und des Unionsmus im fernsten Südwesten bilden."

Die Beschlüsse der Convention von Texas an den Congreß lauten:

„Da Gesetzlosigkeit und Verbrechen in Theilen dieses Staates in solcher Ausdehnung herrschen, und es daher angemessen erscheint, Alles in der Macht der Convention zu thun, um Leben und Eigenthum zu schützen, und Verbrechen zu unterdrücken, so sei es.

Beschlossen, daß diese Convention achtungsvoll dem Congreß der Ver. Staaten die dringende Nothwendigkeit darstellt, die Organisation einer Militärmacht in den verschiedenen Counties dieses Staates zu gestatten, welche im Verein und unter dem Commando der Militärbehörden der Ver. Staaten handeln soll, um das Leben und Eigenthum unserer Bürger zu schützen, die jetzt täglich durch Räuber- und Mörderbanden in einer, für jedes civilisirte Land in Friedenszeiten beispiellosen Ausdehnung bedrängt werden, die, wenn nicht schnell unterdrückt, die völlige Zerstörung aller socialen Ordnung zur Folge haben muß.

Beschlossen, daß wenn nicht schleunigst in irgend welcher Weise durch die Nationalregierung Schutz gewährt wird, das loyale und gesetzliebende Volk von Texas gezwungen sein wird, zur Ausübung seines heiligen Rechtes der Selbstvertheidigung sich selbst zu seinem Schutz zu organisiren.

Beschlossen, daß diese Convention volles Vertrauen zu dem Brevet-Generalmajor Reynolds, Commandanten des Distrikts von Texas, hat und daß er uns Schutz gewährt und den Frieden aufrecht erhält, soweit die ihm zu Gebote stehenden Mittel es ihm möglich machen."

(Unterz.) E. J. Davis,
Präsident der Convention.

Freuden und Leiden eines Redakteurs.

Ein Redakteur hat bekanntlich das schwierigste „Handwerk" von allen bekannten und nicht bekannten Geschäften, denn er mag schreiben was er will, so findet eine Anzahl der Leser etwas daran auszusetzen und Viele fühlen sich sogar darüber beleidigt. Lobt er Jemand, so ärgert sich der Andere darüber, berichtet er etwas, was nicht ganz genau beschrieben ist, so ist er ein Verläumder; ist der Bericht genau, so hätte er das Eine oder das Andere davon weglassen können. Wird etwas Geschehenes, irgend ein in der Nähe vorgekommenes Ereigniß nicht folgleich in der Zeitung berichtet, so ist der Redakteur zu nachlässig, oder einseitig, oder sonst weiß Gott was, aber Keiner denkt daran, dem Zeitungsschreiber ein Ereigniß mitzutheilen oder ihn auf dieses oder jenes aufmerksam zu machen. Der Redakteur soll allwissend sein. Schreibt er über Politik, so ist es dem Einen zu viel, dem Andern zu wenig, den Dritten ärgern die entwickelten Ansichten dem Vierten sind es lauter Lügen u. s. w. Schreibt er über Religion oder religiöse Verhältnisse so ist überall Feuer im Dach. Kurz und gut, Alles kritisirt, die ganze Zeitung, vom ersten bis zum letzten Buchstaben. Am allerkritlichsten sind Diejenigen, die selbst unter aller Kritik sind, die weder mit Verstand lesen noch etwas Verständliches schreiben können.

Zeitungsschreiber mag der gewissenhafteste Mensch, er mag der begabteste sein und den besten Willen haben, er mag Tausende von belehrenden und unterhaltenden Artikeln geschrieben, er mag die Bosheit und das Verbrechen gebührend an den Pranger gestellt und das Gute und Verdienstvolle gelobt und hervorgehoben haben, wer dankt es ihm? Das Publikum kennt dem Zeitungsschreiber gegenüber an das Wort Dankbarkeit gar nicht, oder wenn es jemals geschieht oder geschehen ist, so ist es so selten, daß man sagen kann: es ist nicht wahr! Einer unserer Collegen beklagte sich kürzlich, daß, wenn er Personen Jahre lang gelobt und unterstützt habe, dieselben ihm sogleich den Rücken gewandt und ihn angefeindet hätten, sobald er nur Ein Mal nicht ihrem Wunsche entsprochen. Das Gute von Jahren hätten sie vergessen, aber die Nichtentsprechung eines Wunsches sei genügend gewesen, seinen Feinden beizustellen! Jahre lang Gutes würde gleich vergessen, wenn er aber genöthigt ist, im Interesse des Rechts, der Wahrheit oder aus irgend einem anderen gerechten Grunde Jemand auf den Fuß zu treten, so wäre dieser sein ewiger Feind.

Wir bedauern unsern Collegen, weil er sich darüber aufhält. Diese Erfahrung haben wir längst hinter uns. Das Publikum verlangt von einem Zeitungsredakteur Alles; er soll Jedem seine Ansicht wiedergeben, Jeden loben, Jeden unterstützen, Jeden vertheidigen, für die Oeffentlichkeit arbeiten und den Allerwelts Kehraus machen; kommt er aber einmal vor das Publikum und wünscht für sich eine Unterstützung, und wäre es nur eine Ehrenangelegenheit: Ja Profit die Mahlzeit! Da hat Jeder etwas an ihm auszusetzen und Jeder versucht ihm ein Bein zu stellen. Aschenbrödel sein! Das sind ohne der Arbeit, die er unter allen Umständen, ob gesund oder krank, ob aufgelegt zur Arbeit oder nicht, thun muß, zu gedenken --die Leiden des Redakteurs. Die Freuden, die muß er sich selbst bereiten, und die sind—wenn er das Herz am rechten Fleck hat—die Unabhängigkeit und die Freiheit, Jedem die Wahrheit zu sagen, unbekümmert um alles Geschrei und Gekläff!—L. Fr. Preße.

Aequalisirung des Münzsystems.

Die Bill zur Herstellung eines gleichmäßigen Münzsystems zwischen den Ver Staaten und allen europäischen Nationen, welche Senator Sherman kürzlich dem Bundessenate vorlegte, stimmt in den wesentlichsten Punkten mit den Vorschlägen überein, welche früher von Seiten des Münzcongresses in Paris gemacht wurden. Jene Bill setzt das Gewicht eines Fünf-Thaler Goldstückes zu 1249,20 Gran (Troygewicht) als übereinstimmend mit einer französischen Münze zum Werthe von 25 Francs, nämlich zur Rate von $6.20 auf das Kilogramm, fest. Kleine Münzen sind dann in entsprechendem Gewichtsverhälnisse mit 9/10 Legirung zu prägen Das Gewicht eines halben Thalers ist auf 179 Gran festgesetzt worden und kleinere Münzen im Verhältniß; dagegen soll die Prägung von $1, 5 u. 3 Cent Stücken aufgegeben werden. Die Bill bestimmt ferner, daß die verschiedenen, jetzt coursirenden Gold-und Silbermünzen in Uebereinstimmung mit dem neuen Gewichtsarrangements umgeprägt werden und die Ver. Staaten für diese Umprägungen keine Kosten berechnen sollen. Am 1. Januar 1869 soll das Gesetz in Kraft treten.

Die Frage über Aequalisirung der Münzsysteme ist seit lange vielfach diskutirt worden und zugeben muß, daß eine solche Maßregel von unberechbarer Wichtigkeit für den internationalen Handel ist, so waren doch die Ansichten über die Practicabität der Ausführung derselben sehr getheilt. Man stieß sich namentlich an die momentane Confusion, welche eine derartige Abänderung nothwendig herbeiführen muß und es ist daher nicht zu verwundern, daß Herrn Sherman's Bill auch im Senat einigen Widerstand erfuhr.

Senator Morgan von der Finanzcommittee hält dafür, daß eine solche Maßregel von zu ernsten Folgen begleitet sein würde, als daß sie ergriffen werden sollte, wenn nicht eine absolute Nothwendigkeit dafür vorläge. Eine Aenderung des Ver. Staaten Münzfußes müsse nothwendig eine bedeutende Confusion durch das ganze Land herbeiführen und bedinge vielseitigen Verlust.—Die Bill des Senator Sherman, sagt Herr Morgan, proponirt eine Reduktion des Goldthalers zum Betrage von drei und einem halben Thaler auf das Hundert, während in Bezug auf Silbermünzen die Verringerung des Werthes eine noch viel größere sein wird. Die Nationalschuld wird durch diese Entwerthung um nahezu hundert Millionen verringert werden Senator Morgan sagt, daß diese Maßregel bis jetzt nur von einer sehr, geringen Majorität des Volkes befürwortet sei und daß doch dessen Ansichten und Wünsche maßgebend in dergleichen Punkten sein müssen. Auch Herr Morgan gibt zu, daß ein durchweg gleichmäßiger Münzfuß die Handelsbeziehungen der Völker außerordentlich erleichtern müsse, da aber bis jetzt von keiner andern Nation dahin gehende Schritte gethan seien, so müssen die Nachtheile, die eine solche Maßregel involvire, eben so ernstlich in Betracht gezogen werden, wie die angeblichen Vortheile derselben. Senator Morgan glaubt, daß dies nicht zur Genüge geschehen ist. Er behauptet, daß die Sherman'sche Bill lediglich auf Theorie beruhe und ohne Betrachtnahme von deren Einfluß auf Geschäftsverhältnisse und die Bequemlichkeit des Volkes, ohne gehörige Erwägung der Verwicklungen, die aus derselben entstehen würden, vor den Senat gebracht worden sei.

Die Bill ist auf Antrag der Committee bis zur nächsten Session zurückgelegt worden. Die Frage ist von der größten Wichtigkeit und sollte ernstlicher Berathung unterworfen sein. Unser gegenwärtiges Münzsystem bietet Annehmlichkeiten dar, welche man bei dem andrer Nationen vermißt und ob die Vortheile, die man für das französische, welches Herr Sherman empfiehlt, beansprucht, weil es eine Analogie mit dem- und Handelsgewichtssysteme jenes Landes bastrt ist, so groß sind, daß die Annahme dieses statt des unsrigen gerechtfertigt sein würde, wäre erst noch zu ermitteln.

Gewalthaten gegen einen amerikanischen Consul.

Gegen den amerikanischen Consul in Tumbes, Peru, Hrn. Karl Weile, sind die gröbsten Gewaltthätigkeiten begangen worden. Er war am 22. April in das dortige Hospital gegangen, um einen erkrankten amerikanischen Matrosen zu besuchen, als er diesen von einem Betrunkenen angegriffen sah, der bereits vorher in einem Streite mit seiner Frau mehrere leichte Schnitte und Stiche in's Gesicht erhalten hatte. Hr. Weile vertheidigte den kranken Matrosen gegen den Trunkenbold, worauf derselbe ihn bei den Behörden verklagte und behauptete, daß die Schnitte und Stiche ihm von Hrn. Weile beigebracht worden seien. Der Gouverneur und Friedensrichter ließen darauf Hrn. Weile im Consulat verhaften und ohne ihn einem Verhör zu unterwerfen, in ein dunkles Gefängniß werfen. Einige Tage darauf ward der Hafencapitän für Hrn. Weile Bürge und gab ihm Erlaubniß, frei in der Stadt herumzugehen; in Folge dessen wollte Hr. Weile auf's Gericht gehen, um dort gegen die ihm widerfahrene Behandlung zu protestiren; allein auf dem Wege dorthin warf ein Kerl einen Lasso über ihn und schleppte ihn dann zum Friedensrichter und in's Gefängniß, wo ihm eine wahrhaft scheußliche Behandlung zu Theil ward.

Am 28. April sandten ihn die Behörden per Dampfer nach Paita, und anfänglich hatten sie sogar beschlossen, ihm schwere Ketten anzulegen, unterließen dies jedoch schließlich. Hrn. Weile war schon ein Jahr vorher eine ähnliche Behandlung zu Theil geworden, weil er die amerikanischen Interessen gegen den hartnäckigen Versuch der Eingeborenen, das Schiff "Emily" zu beschwindeln, vertheidigt hatte, und da hierfür Seiten der Ver. Staaten keine Genugthuung verlangt worden, so haben die Behörden von Tumbes geglaubt, daß sie sich jede Gewaltthat gegen einen amerikanischen Consul erlauben dürften.

Wir wollen hoffen, daß unsere Regierung durch sofort und in der energischsten Weise einzuleitende Maßregeln diesen Glauben zu Nichts machen und sich für die ihr und dem Lande in der Person eines accreditirten Repräsentanten widerfahrene Beleidigung ausgiebige Satisfaktion schaffen wird.

Die Becherpflanze.

Diese merkwürdige Pflanze wächst an den dürren, steinigen Stellen der Insel Java. An jedem Blattstiel befindet sich ein kleiner Beutel, der genau wie ein Becher geformt und mit einem Deckel versehen ist. Bei Regenwetter, oder wenn der Thau fällt, öffnet sich der Deckel, die zahlreichen kleinen Becher füllen sich mit süßem, frischem Wasser und gewähren den Vögeln nebst anderen kleinen Thieren, die an den Zweigen hinaufklettern an den wasserarmen Stellen einen erquickenden Trank. Sobald aber die Wolke vorüber ist und die warme Sonne wieder scheint, schließen sich die kleinen Becher so fest, daß nichts von dem Inhalt verdunsten kann und der Vorrath für eine andere Zeit aufbewahrt bleibt.

☞Der Cigarren-Verkauf an der Bar des St. Nicholas-Hotels in New York, wurde um $5000; die Barbierstube nebst den Bädern im Souterain um $12,000; und der Kleiderladen nächst dem Eingange um $8,000 vermiethet. Der Pachtzins des Hotels selbst beträgt $82,000 per Jahr.

Das Achtstundenarbeitsgesetz.

Am vorletzten Mittwoch ging bekanntlich im Bundessenat mit 26 gegen 11 Stimmen ein Gesetz durch, welches die Arbeitszeit für Arbeiter in Regierungswerkstätten auf die Dauer von acht Stunden feststellt. Der Wortlaut desselben ist folgender:

„Es wird verordnet ꝛc., daß acht Stunden ein Tagewerk ausmachen sollen, für alle Tage arbeiter, Arbeiter und Handwerker welche von der oder für die Regierung der Ver. Staaten jetzt verwendet werden mögen, und daß alle Acten und Theile von Acten, welche mit diesem Acte unvereinbar sind, aufgehoben sein sollen nnd hiermit aufgehoben werden."

Senator Sherman, Ohio, hatte dazu das Amendement gestellt, daß der von den Verein. Staaten gezahlte Lohnsatz der an dem Platze der Verwendung für dieselbe Arbeit und dieselbe Zeit currente Lohnsatz sein solle. Dieses Amendement dessen Sinn ist, daß die Verein. Staaten für die ihnen geleisteten Arbeiten nicht mehr bezahlen sollten als jeder andere Privatarbeitgeber, fiel mit 31 gegen 16 Stimmen durch, und Sherman gab daher mit Recht an die Hand, daß der Titel des angenommenen Actes der sein solle: „Eine Bill für Erhöhung der Bezahlung der für die Ver. Staaten Arbeitenden um 20 Prozent."

Die Debatte über die Bill erscheint nach den gewöhnlichen telegraphischen Berichten oberflächlich und herumspringend. Die gewichtigen Stimmen von Sherman, Conkling, N. Y., Morrill, Vt., Fessenden und Ferry, Conn., erhoben sich gegen die Bill. Conkling meinte, ob dieselbe nicht so abgeändert werden könne, daß sie auch die Senatoren mit einschließe?

Wenn 10 Stunden zu arbeiten mit Gefahr für das Leben des Menschen verbunden sei, dann fühle er sich geneigt von seinen Collegen im Senatssaale zärtlichen Abschied zu nehmen. Morrill hob hervor, daß die Bill für die Arbeiter herabwürdigend sei, indem sie diese des Rechtes, über ihre Arbeit nach Zeit und Lohn freie Verträge abzuschließen, beraube, und daß sie die Wirkung haben werde, eine Menge Leute, die besser daheim bei ihren gewohnten Berufsarbeiten blieben, der Regierungsarbeit nachlaufen zu machen.

Mit der Wahrheit von einer andern Seite gingen Ferry heraus, welcher aussprach, daß die „Achtstundenbewegung" von Anfang an im Interesse der Demagogen mehr, als in dem der Arbeiter betrieben worden sei, und Morrill, welcher erklärte: die Bill sei „ein Versuch irgendwo Stimmen zuerhalten."

Die Herren Morrill und Ferry haben sicher die in Rede stehende Bill am richtigsten charakterisirt—als einen Versuch, Capital für die kommende Wahl zu machen, und die Thatsache, daß sämmtliche demokratische Senatoren, mit einer einzigen Ausnahme, für das Gesetz stimmten, kann diese Ansicht nur verstärken.

Die „Illinois Staatszeitung" widmet dieser Bill eine längere Besprechung, der wir Folgendes entnehmen:

„Die sogenannte Achtstundenbewegung hat eine neue Station auf ihrem Marsche erreicht; eine Bill welche 8 Stunden für ein Tagewerk in den Nationalwerkstätten erklärt, ist jetzt auch vom Senat mit 26 gegen 11 Stimmen angenommen, und an der Unterschrift der Bill durch den Präsidenten ist nicht zu zweifeln. Nach etwas mehr als zweijähriger Agitation haben die Gewerbeverbindungen, welche sich besonders für Verkürzung der täglichen Arbeitszeit interessirten, so weit Erfolg gehabt, daß der Congreß ihre Bestrebungen nicht allein billigt, sondern ihnen auch in dem Bereiche der dem Bunde gehörigen Werkstätten, Schiffswerften u. s. w. Gelegenheit gibt, sich in der Praxis zu erproben. Von dem Ausfall dieses Experimentes hängt freilich Alles ab. Wird bewiesen, daß die Einführung des Achtstundensystems in jenen Werkstätten eine Zunahme der Arbeitsleistungen zur Folge hat, daß eventuell ein Arbeiter in 8 Stunden so viel producirt als früher in 10 Stunden, so wird ein wesentliches Hinderniß beseitigt sein, daß der allgemeineren Einführung des Systems im Wege steht.

Wird der Beweis nicht geliefert, so wird eben die Abhülfe durch andere Mittel gesucht werden müssen, als durch bloße Erlasse von Gesetzen, die ja im Grunde nichts sind, als die in Form und Regel gebrachte öffentliche Meinung, und die mithin ebenso auf irrigen Voraussetzungen beruhen können, wie diese.

Die Bundesverwaltung kann im Interesse der Arbeiter das Experiment einmal machen, und die Verwerfung des Sherman'schen Zusatzantrages zeigt, daß das Experiment unter den für den Arbeiter günstigsten Bedingungen, d. h. ohne Lohnabzug, unternommen werden soll. So wenig verstehen wir die Wirkung der Ablehnung des Amendments. Dasselbe wollte nämlich den in Bundeswerkstätten beschäftigten Arbeitern denselben Lohn gegeben wissen, welcher anderweitig beschäftigten an demselben Orte, d. h. in Privatwerkstätten Arbeitenden bezahlt würde. Dieser Zusatzantrag wurde mit 21 gegen 16 Stimmen verworfen. Obgleich somit das ganze Gesetz im Grunde nur eine Anordnung für eine Anzahl Werkstätten ist, ist doch damit ein nicht nebendeutender Vortheil für die Angänger des Achtstundensystems gewonnen. Denn vor 30 Jahren waren es dieselben Bundesarsenale und Schiffswerften, die mit der Einführung des Zehnstundensystems vorangingen, ohne daß das letztere damals die Ehre gehabt hatte, vom Congreß extra in Form einer Bill angenommen zu werden. Ein allgemeines Zehnstundengesetz wurde hier so wenig erlassen, wie jetzt ein allgemeins Achtstundengesetz vom Congreß erlassen werden kann. Auf dem Wege der Gesetzgebung allgemein die Arbeitszeit zu reduciren ist bis jetzt nicht gelungen, gleichviel was in einzelnen Staaten die Politiker beider Parteien, um die Stimmen der Arbeiter buhlend, beschlossen und was für Gesetze sie erlassen haben mögen. Das sagenannte Achtstundengesetz von Illinois, ist so gut ein todter Buchstabe, wie das von Californien oder New York. Wenn eine Reform von solcher Wichtigkeit durch einen einfachen Gesetzerlaß durchzuführen wäre, so wäre sie eben keine. Die ganze Bewegung hat hauptsächlich eine die Arbeiter zur Erkenntniß der volkswirthschaftlichen Gesetze erziehende Bedeutung; wer sofort daraus Errungenschaften erhofft, befindet sich in der Täuschung des Kindes, vor dem der Horizont, den es haschen will, immer ferner zurückweicht."

Findelkinder.

Der letzte Jahres-Bericht des Findelhauses in Montreal, Can., giebt folgende erbauliche Nachricht: Im ganzen Jahre wurden 752 Kinder aufgenommen, von denen 413 in der Stadt geboren waren.—Die Uebrigen kamen aus der Umgegend und 29 aus den Ver. Staaten. Die Letzteren waren mit scheußlicher Rohheit behandelt worden; Ein Findling wurde in einer Reisetasche gesendet, ein anderer in einem Korbe, einer in einem Stalleimer, einer in einer Kiste festgebunden, zwei kamen mit zerschundener Haut und einer mit einer in's Fleisch gestochenen Nadel an. 424 Kinder kamen halbnackt, 7 mit erfrorenen Gliedmaßen an. 8 Kindern hatten die unnatürlichen Mütter Opium gegeben, 3 waren beim Empfange schon todt, 23 im Sterben, und 156 krank, worunter 46 dem ungertode nahe. Im ganzen Jahre starben 616 Kinder, nur 33 konnten am Leben erhalten werden.

☞In New-York explodirte am 18. Juni eine Dampffeuerspritze während eines Feuers in der Bowery. Vier Personen wurden getödtet und zwanzig verwundet

Die Grant'sche „Juden-Ordre."

Der Verfasser der vielbesprochenen, „auf Befehl des commandirenden Generals" (Grant) am 17. Dezember 1862 erlassenen Ordre über Ausweisung aller Juden aus dem Militärdepartement des Mississippi, Gen. Rawlins, erscheint in einem erst jetzt veröffentlichten Briefe an den Redakteur des Louisviller Volksblattes, Hrn. L. Dembitz, folgende Auskunft über die Veranlassung zu jener Ordre:

„Ohne Zweifel ist es Ihnen bekannt, daß Gen. Grant niemals, weder von sich aus noch mit Hülfe von Freunden es versuchte, irgend eine militärische Ordre zu vertheidigen, welche zur Zeit ihres Erlasses von den Erfordernissen des Dienstes erheischt zu werden schien. Da jedoch mein Name als assist. Gen.-Adj. unter jener Ordre steht, so ist es vielleicht nicht unpassend, wenn ich erkläre, daß zur Zeit als die Ordre erlassen wurde und vorher unsere militärische Angelegenheiten sich in sehr kritischem Zustande befanden und wichtige Bewegungen vor sich gingen. General Scherman sammelte Streitkräfte in Memphis und Helena. Gen. Grant rückte stetig gegen Gen. Pemberton in Grenada vor und gab sich fortwährend den Anschein, als wolle er denselben angreifen, um so seine Aufmerksamkeit von Scherman abzulenken, und mit Grant cooperirend rückte Dodge südlich von Corinth vor. Der Erfolg von Grant's Plänen hing davon ab, daß er den Feind hinsichtlich seiner wirklichen Absicht im Dunkeln hielt; diese Absicht bestand in der Ueberrumpelung und Einnahme Vicksburgs durch Scherman, und es war daher von der größten Wichtigkeit, daß jeder Canal für Mittheilungen geschlossen werde.

Schon vorher waren die nachdrücklichsten Ordres erlassen worden, welche die Ueberschreitung unserer Linien verboten, welche ferner die Handelsleute auf gewisse Grenzen beschränkten. Die Versendung gemünzten Geldes nach dem Süden verboten etc. Viele der Untergebenen des Gen. Grant berichteten fortwährend über ungehorsam gegen diese Befehle, namentlich durch Personen jüdischen Stammes; einige dieser Untergebenen hatten sogar Ordres erlassen, wonach diese Personen aus den Linien getrieben werden sollten, aber Gen. Grant hatte diese Befehle sofort widerrufen. Berichte derselben Art liefen auch aus unmilitärischen-Quellen ein. Endlich brachte am Abend des 17ten Dezember 1862 (Dem Datum der Ordre) die Post von Washington eine große Anzahl Beschwerden, welche der damalige Obergeneral der Armee (Halleck) officiell an General Grant verwies; diese Beschwerden waren alle gegen jene Klasse von Personen gerichtet und zwar wegen Uebertretung der obenerwähnten Ordres. Der General fühlte, als er diese Beschwerden las, daß ungesäumtes Handeln von ihm verlangt werde. Er begriff den kritischen Zustand der militärischen Angelegenheiten nach seinem vollen Umfange und kam zu dem, gleichviel ob angemessenen oder unangemessenen Schluße, daß zur Bekämpfung des Uebels sogleich etwas Durchgreifendes in einer Form geschehen müsse, der Keiner ausweichen könne. — Das ergebniß dieses Entschlußes war die erwähnte Ordre. Sie wurde geschrieben und an Grant's Untergebene telegraphirt, ohne daß er sie durchsah, und sie erfolgte mit dem Vorbehalte, alle Diejenigen, auf welche ihre Bestimmungen nicht in gerechter Weise anwendbar waren, auf ihre persönlichen Ansuchen hin von den Wirkung derselben zu befreien.

Die Idee, daß sie wegen der Religion der Juden erlassen worden sei, kann Niemand ernstlich hegen, der die feste Anhänglichkeit des Generals an die Prinzipien amerikanischer Freiheit und religiöser Freiheit kennt."

Wie die Regierung beschwindelt wird.

In welcher schamlosen Weise die Regierung der Ver. Staaten um die auf die Fabrikation von Whiskey gesetzte hohe Steuer betrogen und um Millionen beschwindelt wird, darüber kommen von Zeit zu Zeit saubere Enthüllungen zu Tage. So hat unter andern neulich ein Branntweinbrenner in Neu-Orleans vor dem dortigen Steuer-Assessor Dr. Ready folgende eidliche Erklärung zu Protokoll gegeben:

John W. Elder sagt aus: „Ich bin ein Mitglied des Whiskey-Ring und beim Eintritt in den Bund hatte ich an den Gehülfs-Collektor des ersten Distrikts von Louisiana, Hr. Irving, Aufnahmegebühren im Betrag von $1000 zu bezahlen. Kaum waren diese bezahlt, so erging die Aufforderung an mich „fortan jeden Monat weitere $1000 zu bezahlen, wofür ich das Privilegium haben sollte, so viel Branntwein zu brennen, als mir beliebte, unter der einen Bedingung, daß ich—des Scheines halber—von je 15 Faß eines versteuerte."

Doch nicht genug damit. Außer den tausend Thalern monatlich an den „Bund" sollte ich noch extra an den Hülfs-Assessor meines Distrikts, Herrn Cornell, „dreihundert per Monat" bezahlen. Dieser Würdige theilte mir mit, daß $300 der geringste Betrag sei, den die Brenner in seiner Abtheilung ihm bezahlten, ja Herr Luffe, dessen Brennerei in No. 88 Commerce Straße sich befindet bezahle ihm $150 monatlich, auch für die Zeit, wo er nicht brenne. Ich weigerte mich, die verlangten $300 zu bezahlen, worauf Herr Cornell mir mittheilte, ich dürfte nicht brennen, außer ich bezahle die volle Steuer auf jede Gallone; „wenn ich ihn nicht bezahlen wolle, müsse ich die Regierung bezahlen; es sei dieß übrigens der erste Fall, daß ein Branntweinbrenner sich weigerte auf dieses Ablommen einzugehen. Außerdem hatte ich dem Steuerinspektor Vorlend für jedes von ihm gezeichnete Faß einen Thaler zu bezahlen.

Dieß ist die Art und Weise, wie es mit sämmtlichen Brennereien in diesem Distrikt gehalten wird: sie bezahlen $1000 monatlich an den „Ring," und die Regierung hat das Nachsehen Eine Brennerei, die nicht wenigstens 8—10 Faß per Tag liefert, ist nicht im Stande, die $1000 per Monat an den „Ring" zu bezahlen und noch etwas dabei zu verdienen; und in der That haben auch kleinere Brennereien die „Licenz" Seitens der Steuerbeamten nicht. Die Regierung erhielt in Neu-Orleans von fabrizirtem und rektifizirtem Branntwein keine Steuer.

Wer sind diese „Miethlinge" und „Hunde"?

Brick Pomeroy, unverkannt einer der einflußreichsten Führer der demokratischen Partei, stumpt gegenwärtig in Missouri und ist sehr unzufrieden mit jenen Demokraten, welche nicht unbedingt für Pendleton, Repudiation und Revolutionirung des Südens gehen wollten.

Im „Kansas City Journal" veröffentlichte er am 29. Mai einen Brief, worin er unter Anderem sagt:

„Diese Sorte Demokraten gibt an, mit dem Süden zu sympathisiren, auf welchem der Fuß der Militär-Tyrannei lastet. Haben diese Demokraten etwas gethan, als der Süden für seine heiligsten Rechte kämpfte? Haben sie die Muskete für den Süden geschultert oder der südlichen Sache sonst Hülfe gebracht?

Nein!

Sie haben die Miethlinge und Hunde unterstützt, welche Lincoln, der größte Tyrann seit Nero und der horrenteste Esel seit Vitellius, auf den Süden gehetzt hatte.

„Und wer waren denn diese Miethlinge und Hunde?

Die „Niggers" und die „Fremdgeborenen!"

Kraut als Feldfrucht.

Bauern, welche Kühe um der Milch Willen halten, und Kraut besitz